

# REDE

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

BERLIN

DR. VIOLA NEU

Juni 2008

[www.kas.de](http://www.kas.de)

## Wahlverhalten der Generation 60+

Die Generation 60+ unterscheidet sich in den meisten Fragen kaum vom Bevölkerungsdurchschnitt.

Sie sind aber auch nicht mehr automatisch die Zufriedenen: Ängste Sorgen und Skepsis zeigt sich auch bei ihnen.

Von 61 Millionen Wahlberechtigten stellt die Generation etwa 20 Millionen.

Aufgrund der hohen Wahlbeteiligung sind etwa 33 Prozent der Wähler über 60 Jahre alt.

In der Altersgruppe der 60-70 jährigen ist die Wahlbeteiligung mit 85 Prozent am höchsten (zum Vergleich die niedrigste Wahlbeteiligung von 66,5 Prozent findet sich in der Altersgruppe der 21-25 jährigen).

Der Trend der „Linkslastigkeit“ jüngerer Wählerinnen ist kein Novum. Betrachtet man das Wahlverhalten der jüngeren Wählerinnen seit 1972<sup>1</sup>, erreichen die linken Parteien zusammen regelmäßig über 50 Prozent. Ebenso konstant erreichte die Uni-

on in der ältesten Altersgruppe über 50 Prozent der Wählerinnen.

Die Bundestagswahl 1998 markiert eine Zäsur: Zwei Entwicklungen wurden sichtbar, die, wenn sie eine Trendwende markieren, erheblich negative Auswirkungen auf das zukünftige Abschneiden der Union haben können.

Mit der Bundestagswahl 1998 zeichnet sich ein Wechsel im Wahlverhalten ab, der die Erfolgsaussichten der Union beeinträchtigt. In der Altersgruppe der über 60jährigen ist der Rückhalt der Union auf unter 50 Prozent gesunken (1998: 45,4%; 2002: 45,0% 2005: 43,3). Dies sind die schlechtesten Ergebnisse der Union in dieser Altersgruppe seit der Erhebung der repräsentativen Wahlstatistik 1953<sup>2</sup>.

Die stärkste Bastion der Union waren bis 1994 die älteren Frauen. Jeweils mehr als die Hälfte stimmte für die Union. Erstmals bei der Bundestagswahl 1998 sank deren Anteil auf ca. 45 Prozent. Bei den über 60jährigen Männern hat die Union 2002 einen leichten Zuwachs zu verzeichnen. Sie erreicht auch in dieser Gruppe jedoch nicht mehr ihre Spitzenwerte vergangener Wahlen. Der Rückgang bei den älteren Wählerinnen war mit wahlentscheidend für das Ergebnis der Union.

Die langfristige Betrachtung zeigt, dass der vielzitierte „Genosse Trend“ alltagssprach-

<sup>1</sup> Die Grenzziehung von 1972 ist durch die Senkung des Wahlalters auf 18 Jahre begründet. Zudem gab es 1972 den sogenannten „Gender gap“, bei der die SPD erstmals insbesondere von jungen Frauen Zuspruch fand. In der Literatur wird diese sprunghafte Entwicklung auf das politische Klima und nicht auf Veränderungen in der Sozialstruktur (bspw. Bildung) zurückgeführt. Vgl. Jürgen W. Falter/Siegfried Schumann, *Vive la (très) petite différence!*, in: Max Kaase/Hans Dieter Klingemann (Hrsg.): *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1987*, Opladen 1987, S. 137. (Hrsg.): *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1987*, Opladen 1987, S. 137.

<sup>2</sup> Vgl. Claus A. Fischer (Hrsg.), *Wahlhandbuch für die Bundesrepublik Deutschland. Daten zu Bundestags-, Landtags- und Europawahlen in der Bundesrepublik Deutschland, in den Ländern und in den Kreisen 1946-1989*, Paderborn, 1989.

lich zwar die Jüngeren meint, aber wahlstrategisch die Älteren von Bedeutung sind.

Auch wenn empirisch nicht zweifelsfrei von einem Lebenszykluseffekt gesprochen werden kann, ist die Schlussfolgerung, dass die Union von solchen Effekten profitiert, nicht unbegründet. Die „Linkslastigkeit“ der Jugend und der „Konservativismus“ des Alters haben sich bis heute positiv auf die Wahlergebnisse der Union ausgewirkt. Ob die Lebensweisheit „Wer mit 20 nicht links ist, hat kein Herz und wer mit 40 noch links ist, keinen Verstand“ weiter ihre Gültigkeit behält, ist offen. Nachdem sich bereits dreimal die ältere Generation von der Union zurückgezogen hat, könnte dies auf ein Ende des für die Union günstigen Lebenszykluseffektes hindeuten.

Doch spricht der abrupte Einbruch 1998 eher für politische Unzufriedenheit in der Wählerschaft als für langfristige Veränderungen der Werteskala der Generation 60+. Auch die viel bemühten 68er, die langsam ergrauen, können diesen Ausschlag 1998 nicht bewirkt haben. Zum einen ist die Gruppengröße zu gering, zum anderen sind auch in dieser politischen Generation gewisse Aufweichungserscheinungen gegenüber „konservativen“ Positionen schwer zu übersehen. Demnach scheint sich diese Wählergruppe noch nicht langfristig von der Union abgewandt zu haben und könnte in Zukunft wieder mobilisiert werden.

Aufgrund der demographischen Entwicklung wird aus wahlstrategischer Sicht die Generation 60+ immer bedeutender. Ein knappes Drittel der Wahlberechtigten ist bereits heute über 60 Jahre alt; mit steigender Tendenz. Die Wahlbeteiligung in dieser Altersgruppe ist zudem größer als bei den jüngeren Wählern. Aufgrund der absoluten Gruppenstärke lässt sich eine einfache Gleichung aufmachen: Wer in dieser Gruppe 10 Prozent der Stimmen verliert, kann dies durch Gewinne in den jüngeren Altersgruppen schwer kompensieren.

Bei mehr als 50 Prozent der jüngeren Altersgruppen besteht der Trend, Parteien des linken Spektrums zu wählen. Aber noch nie waren die linken Parteien in der Generation der über 60jährigen so erfolgreich wie bei

den letzten Bundestagswahlen. Einerseits setzte sich bei den Bundestagswahlen 1998, 2002 und 2005er Trend fest, dass die Parteien des linken Spektrums bei jüngeren Wählern mehr Unterstützung finden. Andererseits ist den linken Parteien auch gelungen, in Wählerschichten jenseits der 60 überdurchschnittliche Akzeptanz zu finden. Da die Union ihre Stärke bei den älteren Jahrgängen hatte, war die Situation ausgeglichen. Wächst den linken Parteien (SPD, Bündnisgrüne und PDS) auch in Zukunft die Gunst der Generation 60+ zu, ergibt sich eine neue Problemlage, die für die Union auf Dauer kritisch werden könnte.

Die Union profitiert seit den 50er Jahren von dem sogenannten Lebenszykluseffekt. Und dies allen Unkenrufen zum Trotz: Wer die älteren Wähler gewinnt, gewinnt leichter Wahlen als wer die Partei der Jugend ist. Wenn die Wähler nicht konservativer würden und im Laufe ihres Lebens ihr Wahlverhalten ändern würden, wären Unionswähler längst ausgestorben. Auch das Argument, dass jetzt die 68er in die Jahre kommen und als Generation mit eher postmateriellen Ansprüchen der Union nicht zugeneigt sind, ist nicht schlüssig. Zu drastisch ist der Einbruch der Union bei den älteren Wählern 1998, als dass man von generativem Verhalten sprechen könnte. Vieles deutet darauf hin, dass diese Wählergruppe auch in Zukunft für die Union wieder stärker mobilisiert werden kann.

Wer die Stimmen der Jugend hat, besitzt auch die Zukunft. So etwa lautet grob formuliert die Version einer gängigen Binsenweisheit. Und regelmäßig werden die Anteile der Parteien bei den Jungwählern mit besonderer Freude oder Hämme von politischen Repräsentanten oder Journalisten in die Waagschale geworfen. Dem liegt die Annahme zugrunde, dass jüngere Wähler auf Dauer ihrer einmal getroffenen Wahlentscheidung treu bleiben würden. Doch gerade die Erst- und Jungwähler zeichnen sich nicht nur durch geringe Wahlbeteiligung, sondern durch eine enorme Wechselwahlbereitschaft aus. Der Blick auf die langfristigen Tendenzen und Entwicklungen in der Wählerschaft zeichnet ein anderes Bild des Wahlverhaltens dieser Wählergruppe: Der

**Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.**

**BERLIN**

DR. VIOLA NEU

Jungwähler hat demnach für Parteien eine zwar symbolisch hohe, in der Auswirkung auf das Wahlergebnis aber eher geringe Bedeutung.

**Juni 2008**

Verluste bei den älteren Wählern sind für Parteien kaum durch Gewinne bei jüngeren Wählern auszugleichen. Dies liegt daran, dass für den Ausgang von Wahlen das Abstimmungsverhalten der älteren Wähler aufgrund der reinen Anzahl an Wahlberechtigten ein ungleich größeres Gewicht hat, als alle anderen Altersgruppen. Durch die demographische Entwicklung wird die Bedeutung dieser Altersgruppe in Zukunft noch steigen. 2002 sind in der Altersgruppe der über 50jährigen Wähler bereits 46,8 Prozent der Wahlberechtigten, wobei der Anteil der über 60jährigen Wähler bereits bei 32,1 Prozent der Wahlberechtigten liegt.

Hierzu ein Beispiel: Die Altersgruppe der über 60jährigen stellt 2002 12.400.700 Wähler. Wenn sich 10 Prozent dieser Wählergruppe gegen eine Partei entscheiden, entspricht dies 1.240.007 Wählern. Der Altersgruppe der 18-30jährigen gehören 5.514.200 Wähler an. Ein Gewinn von 10 Prozent mehr Wählern entspricht 551.420 Stimmen. Entscheiden sich 10 Prozent der Erstwähler (18-21 Jahre) anders, entspricht dies nur 143.180 Stimmen. Allein dieses Beispiel verdeutlicht, dass der Blick auf die prozentualen Zugewinne in unterschiedlichen Altersgruppen über die tatsächliche Auswirkung auf das Wahlergebnis wenig sagt.